



Unappetitliches Lohndumping von Genf bis Zürich

McDonald's hat die Zusammenarbeit mit UberEats von Genf nach Zürich ausgeweitet. Rund 50 weitere Restaurant-Ketten sind mit dabei. KurierfahrerInnen arbeiten nun auch in Zürich als Scheinselbständige ohne Unfallversicherung, ohne Sozialversicherungen und zu Dumping-Löhnen. Das Geschäftsmodell von Uber missachtet branchenübliche Arbeitsbedingungen und fördert damit die Prekarisierung in der gesamten Branche. Die Gewerkschaft Syndicom fordert Uber, Geschäftspartner und die Politik auf, endlich Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden zu ergreifen: Eine GAV-Pflicht für Kurierfahrende von Uber muss her.

Die wachsende Kurierbranche ist bekannt dafür, dass die Arbeitsbedingungen aufgrund fehlender Gesamtarbeitsverträge in der Regel schlecht sind. Für David Roth, Zentralsekretär der Gewerkschaft Syndicom kann die Zusammenarbeit zwischen McDonald's und UberEats zusätzliche weitreichende Folgen für die Branche haben: „Der Konkurrenzdruck und die aufkommenden Plattformen bedrohen die Arbeitsbedingungen in der Branche, weil sie das Risiko auf die FahrerInnen abwälzen. Mit dem GAV „Velokurier und urbane Kurierdienstleistungen“, der seit dem 1. Mai 2019 in Kraft ist, steht nun aber ein Gesamtarbeitsvertrag zur Verfügung, der auf die Branche angewendet werden kann.“ Syndicom fordert UberEats daher erneut auf, den Kurier-GAV auf seine Angestellten anzuwenden und den sozialpartnerschaftlichen Dialog mit Syndicom zu suchen.

Schnell, flexibel, illegal

Das Uber-Geschäftsmodell beruht weltweit auf Lohndumping und der Umgehung von Gesetzen. So auch in der Schweiz. Das Lausanner Arbeitsgericht hat bereits im Mai in seinem Urteil einen Grundsatzentscheid gefällt, der schon längst fällig war: Das Arbeitsverhältnis von Uber und seinen Fahrern ist vergleichbar mit dem Arbeitsvertrag zwischen einem Taxiunternehmen und seinen Mitarbeitenden. Auch die SUVA stufte Uber bereits 2017 als Arbeitgeber ein. Dennoch weigert sich Uber immer noch, seine FahrerInnen als Arbeitnehmende einzustufen und die dementsprechenden Leistungen zu entrichten. Die Politik muss jetzt eingreifen, denn die Digitalisierung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden geschehen. Sie muss mit den Menschen und für die Menschen gestaltet werden. Will man die Akzeptanz für aufkommende Technologien und Arbeitsformen schaffen, dann müssen die Interessen der Arbeitnehmenden gewahrt werden.

Syndicom, 24.7.2019.

Syndicom > Uber. GAV. Syndicom, 2019-07-24